

Berufsbildung in Deutschland im Spannungsfeld zwischen Forschung und Politik

ROBERT HELMRICH, ELISABETH M. KREKEL

Berufsbildungsforschung und -politik in Deutschland

Mit dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) von 1969 wurde die berufliche Bildung, die bis dahin im Wesentlichen durch die Selbstverwaltung der Wirtschaft wahrgenommen wurde, zu einer öffentlichen Aufgabe erhoben und dem Staat eine zentrale Rolle zugeschrieben. Gleichzeitig wurde der bisherige Stand der Berufsbildungsforschung beklagt und deren Bedeutung zur Unterstützung der Berufsbildungspolitik hervorgehoben. In der Konsequenz wurde zum einen ein eigenständiges Institut gegründet, das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung (das heutige Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)), dessen Aufgabe es ist, Politik durch Berufsbildungsforschung zu unterstützen und die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung zu fördern. Zum anderen wurden die Aufgaben der Berufsbildungsforschung gesetzlich verankert (§ 84 BBiG) (Euler/Walden/Weiß 2010; Bellmann u. a. 2021).

Mit dem BBiG wurde auch die Beteiligung der Sozialpartner institutionalisiert. Sie wirken an der Gestaltung der Berufsbildung mit und sind neben dem Bund und den Ländern Adressaten von Politikberatung und Forschung: *„Die Berufsbildungsforschung an den verschiedenen einschlägigen Einrichtungen hat in den vergangenen 50 Jahren eine Vielzahl von Forschungsarbeiten geleistet und damit der Berufsbildungspolitik umfangreiche Entscheidungshilfen bei der Bewältigung der verschiedenen Herausforderungen zur Verfügung gestellt.“* (Bellmann u. a. 2021, S. 17)

Der Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis kennzeichnet die berufliche Bildung in Deutschland. Er beruht hauptsächlich auf dem Konsensprinzip, doch auch Dissens ist durch die in diesem Dialog vertretenen unterschiedlichen Interessengruppen vorprogrammiert. Umso wichtiger ist es, dass die Berufsbildungsforschung interessenübergreifende wissenschaftliche Analysen bietet, zur Versachlichung von kontroversen Standpunkten beiträgt oder gar die unterschiedlichen Interessen zum Gegenstand von Forschung erhebt.

Dieses permanente Spannungsfeld zeigt sich u. a. in der Diskussion über die jährliche Ausbildungsmarktbilanz sowie über die Fachkräfteentwicklung – zwei Themen, die in Deutschland in den letzten Jahren in Forschung und Politik hohe Relevanz hatten bzw. haben.

Ausbildungsmarkt: Widersprüchliche Interpretationen und Entwicklungen¹

Mit dem BBiG wurde der Grundstein für das jährliche Ausbildungsmonitoring gelegt. Denn im Kontext der Beratungen spielte auch die erhöhte Nachfrage nach Ausbildungsplätzen eine wichtige Rolle und die Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes war erklärtes Ziel der Bildungsreform. Um dieser Forderung gerecht zu werden, wurde das BBiG 1976 durch ein Ausbildungsplatzförderungsgesetz (APIFG) ergänzt. Das zuständige Ministerium hat jährlich einen Bericht über die regionale und sektorale Entwicklung des Angebotes an und der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen vorzulegen.² Zwar wurde das APIFG 1980 wegen eines Formfehlers durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben, doch der Auftrag einer jährlichen Ausbildungsbilanz ist geblieben und damit auch ein langer, anhaltender Streit über die Berechnung von Angebot und Nachfrage. Nicht der Bedarf der Wirtschaft, sondern die Nachfrage der Jugendlichen sei entscheidend. Den Jugendlichen sollte dafür ein auswahlfähiges Angebot zur Verfügung stehen, und das ist nur gewährleistet, wenn das Angebot die Nachfrage übersteigt. Abbildung 1 zeigt, dass dies bezogen auf die klassische Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) nur selten der Fall war und die im damaligen Gesetz geforderten 12,5 Prozent lediglich genau dreimal erreicht wurden.³

Damit stellt sich die Frage, wie Angebot und Nachfrage berechnet werden und welche Indikatoren in die jährliche Ausbildungsmarktbilanz einfließen.

Die Grundlage hierzu bildet die BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Neuabschlüsse. Bezogen auf Gesamtdeutschland lagen diese 2007 und 2008 letztmalig über 600.000 und sind im Zuge der Corona-Pandemie 2020 erstmals mit rd. 467.500 unter die Marke von 500.000 gefallen.

Zur Bestimmung von Angebot und Nachfrage werden hierzu das bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierte erfolglose Angebot sowie die erfolglose Nachfrage herangezogen. Auf der Angebotsseite sind dies die zum 30.09. gemeldeten noch unbesetzten Ausbildungsstellen. Auf der Nachfrageseite sind dies die zum 30.09. noch suchenden Bewerber*innen. Zu diesen zählen zum einen die noch unversorgten Bewerber*innen, zum anderen aber auch „versorgte“ Bewerber*innen, die z. B. aus einer schulischen Ausbildung oder einer berufsvorbereitenden Maßnahme heraus noch einen Ausbildungsplatz suchen. Werden nur die unversorgten Bewerber*innen in die Angebots-Nachfrage-Relation (traditionelle ANR) einbezogen, so fällt die ANR wesentlich höher aus als unter Berücksichtigung der noch weitersuchenden Bewerber*innen (erweiterte ANR). So lag beispielsweise die traditionelle ANR 2009 bei 100,4

1 Grundlage der Ausführungen ist der Beitrag von Kregel/Ulrich (2021) in Bellmann u. a. 2021.

2 Der Berufsbildungsbericht, seit 2009 ergänzt durch den BIBB-Datenreport zum Berufsbildungsbericht: <https://www.bibb.de/datenreport/de/index.php> (abgerufen am 23.12.2020).

3 Die Ausführungen beziehen sich auf die betriebliche Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO), die den Hauptteil der vollqualifizierenden Ausbildung in Deutschland ausmacht. Weitere vollqualifizierende Ausbildungen wie z. B. die Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufe haben eine andere Rechtsgrundlage (vgl. hierzu u. a. BIBB (2020), Kapitel A).

(siehe Abbildung 1), während die erweiterte ANR mit 89,1 deutlich niedriger ausfiel. Dies deutet auf starke Versorgungsprobleme am Ausbildungsmarkt hin, die jedoch von den einzelnen Gruppen unterschiedlich gesehen werden: So weisen die Beauftragten der Arbeitgeber in ihrer Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht mit Blick auf die traditionelle ANR darauf hin, dass sich „die Ausbildungsmarktsituation für die Jugendlichen trotz Wirtschaftskrise und Vertragsrückgängen sogar verbessert hat“ und „auf die widersprüchliche Angabe einer so genannte Erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation (...) im Berufsbildungsbericht hingegen verzichtet werden (sollte)“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010, S. 56), während die Beauftragten der Arbeitnehmer hervorheben, dass zu den Unversorgten Jugendliche „mit sogenanntem „alternativen Verbleib“ (kommen)“, die „in unterschiedlichen Maßnahmen (stecken), (...), obwohl sie ausdrücklich noch einen Ausbildungsplatz suchen“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010, S. 58).⁴

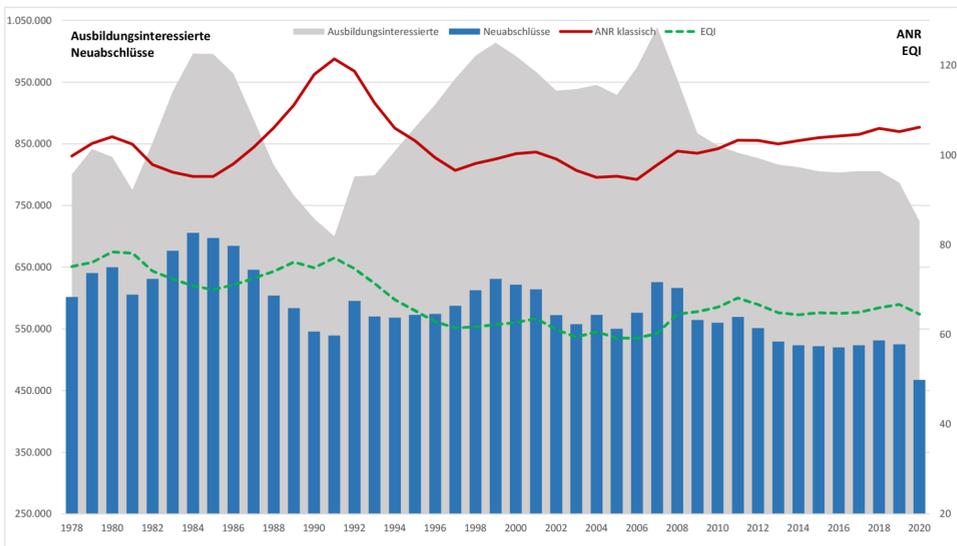


Abbildung 1: Ausbildungsmarktentwicklung in Deutschland (1978–1991 nur Westdeutschland, ab 1992 Gesamtdeutschland) (Quelle: in Anlehnung an Granato/Ulrich (2013, S. 326) sowie Krekel/Ulrich (2021, S. 64), aktualisiert und ergänzt)

Das Beispiel zeigt, wie stark die Ausbildungsmarktforschung in einen politischen Entscheidungsrahmen eingebunden ist. Dadurch werden Kontroversen bzw. die Interessen der unterschiedlichen, in diesen Entscheidungsrahmen eingebundenen Gruppen hier besonders deutlich. Häufig geht es dann vor allem um „*Abstützung einer bereits festliegenden politischen Meinung*“ oder „*Schaffung von Glaubwürdigkeit für ihre Protagonisten in der Öffentlichkeit*“ (Schmidt 1992, S. 219).

⁴ Aufgrund von nachträglichen Korrekturen durch die BA weichen die Daten im Berufsbildungsbericht von den im Artikel genannten Daten ab.

Um der zunehmenden Komplexität der Marktentwicklung gerecht zu werden, wurden in den letzten Jahren neben der ANR weitere Indikatoren entwickelt, die in die Bilanzierung einfließen, u. a. die Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten (EQI) (siehe Abbildung 1), die angibt, wie viele von den institutionell erfassten Ausbildungsinteressierten in eine Ausbildung einmünden konnten.⁵ 2003 ist diese erstmals unter 60 Prozent gesunken und deutet auf starke Versorgungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt hin. Mit dem Anstieg der EQI haben sich die Versorgungsprobleme zwar etwas verringert, gleichzeitig haben aber immer mehr Betriebe Probleme ihre angebotenen Ausbildungsplätze zu besetzen. Dieser mit dem Begriff Passungsprobleme bezeichnete Widerspruch kennzeichnet derzeit die Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Aktuell kommt eine Schrumpfung hinzu, die auch auf das Geschehen rund um die Corona-Pandemie zurückzuführen ist (Oeynhausen u. a. 2020).

Das Ringen um die Deutungshoheit prägt nach wie vor die Diskussion um die jährliche Ausbildungsmarktbilanz. Allerdings ist eine eindeutige Zuschreibung der Entwicklung auf nur einen Indikator schwieriger geworden. Ein verändertes Bildungsverhalten der Jugendlichen, die demografische Entwicklung, das Rekrutierungsverhalten der Betriebe und nicht zuletzt die Einschränkungen angesichts der Corona-Pandemie stellen die Entscheidungsträger vor komplexe und neue Herausforderungen. Die Berufsbildungsforschung kann helfen Widersprüche aufzudecken und Entwicklungen aufzuzeigen, sie ist dabei *„objektiven, gesetzlichen Zielen verpflichtet. Dass es dabei häufig mit Gruppen- oder Politikinteressen kollidiert, liegt in der Natur der Sache“* (Schmidt 1992, S. 216).

Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen: Den Propheten im eigenen Land glaubt man nicht⁶

Was die Zukunft für Absolventinnen und Absolventen einer Berufsbildung bringt und wie sich der Arbeitsmarkt langfristig verändert, ist seit jeher eine Frage, die die Politik, Berufsbildungsordnung und -forschung umtreibt. Mittlerweile haben sich auch die methodischen Voraussetzungen zunehmend verbessert und damit wurden Aussagen zunehmend belastbarer und differenzierter.

Im Verlauf der letzten 60 Jahre haben die Bildungs- und Arbeitsmarktprognosen und -projektionen⁷ ihre Zielsetzungen mehrfach geändert. Bezogen sich Prognosen und Projektionen in den 1960er- und 1970er-Jahren zunächst auf die Steuerbarkeit von Wirtschaftsprozessen und auf die Auswirkungen der Ölkrise, so wandelte sich der

5 Die EQI wurde erstmals als Reaktion auf doppelte Abiturientenjahrgänge für die Marktbilanz 2010 berechnet (siehe BIBB 2011, Kapitel A1), dort dann rückwirkend für vergangene Jahre.

6 Grundlage der Ausführungen ist der Beitrag von Helmrich/Zika (2021) in Bellmann u. a. 2021.

7 Die Begriffe Prognose und Projektion werden meistens synonym verwendet. Prognosen und Projektionen sind die wissenschaftliche Betrachtung „wünschbarer und wahrscheinlicher Zukunftsentwicklungen und Gestaltungsoptionen“ (Kreibich 2006, S. 3) auf der Grundlage vergangener und gegenwärtiger Bedingungen. Häufig wird dabei unterschieden zwischen der Fortschreibung auf der Grundlage von Fakten (Prognosen) und solchen, die auch auf subjektiven Annahmen und Einschätzungen, wie z. B. aus Umfragen, beruhen (Projektionen). Siehe auch Helmrich/Zika 2019.

Blick zu Beginn des folgenden Jahrzehnts auf die Befürchtung von Trendbrüchen im Strukturwandel durch neue Technologien, z. B. Mikroprozessoren, und die Frage, ob diese Einflüsse per Saldo zusätzliche Arbeitsplätze schaffen oder vernichten. Im Vordergrund stand die Frage, ob die neuen Technologien Jobkiller oder Jobknüller sind?⁸ In Bezug auf das Aus- und Weiterbildungssystem fokussierte sich die Debatte auf die Frage, ob das Beschäftigungssystem künftig generell höhere Qualifikationen verlangen werde. In den 1990er-Jahren wurden dann die wirtschaftlichen Ereignisse im volkswirtschaftlichen Kontext erklärt, d. h. Wirkungen wurden auf ihre Ursachen zurückgeführt. Neben der Projektion rückte die Abschätzung der Wirkung unterschiedlicher Maßnahmen sowohl auf Ökonomie als auch den Arbeitsmarkt zunehmend in den Fokus der Betrachtung.

Gleichzeitig erreichte die Arbeitskräftebedarfsprognostik ab 1996 mithilfe des tief disaggregierten ökonomischen IAB/INFORGE-Modells (INterindustry FORcasting Germany) (Meyer/Ewerhart 1997) einen neuen Höhepunkt. Das modellbasierte Projektions- und Simulationssystem erfasst die volkswirtschaftliche Komplexität und bildet die makroökonomischen Güter-, Geld- und vor allem Arbeitsmärkte vollständig ab.

Mit Beginn der 2000er-Jahre wurden durch die Studien der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK 2002, Bonin u. a. 2007, Dostal 2002) erstmals Projektionen von Angebot und Bedarf auf der Ebene von Qualifikationsniveaus, einzelnen Branchen oder abstrakten Tätigkeitsbereichen durchgeführt. Projektionen auf der Berufsebene waren weiterhin nicht machbar, da Systematiken und Merkmale fehlten, die einen Vergleich zwischen Angebot und Bedarf ermöglichen. So waren das Angebot und der Bedarf nur unter der Prämisse vergleichbar, dass das Neuangebot vollständig in den jeweils passenden ausgeübten Beruf wanderte – eine berufliche Flexibilität zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf war nicht darstellbar.

Bereits diese Projektionen zeigten ein Bild für die nächsten 25 Jahre, welches deutlich auf einen Mangel an Fachkräften mit einem beruflichen Abschluss hinauslief. So zeigten die BLK-Projektionen vor allem auf dem Niveau von Qualifikationen einen sich ausweitenden Überhang an Akademikerinnen und Akademikern und einen zunehmenden Mangel an beruflich Qualifizierten. Die steigenden Abiturientenzahlen und die niedrigen Geburtenraten verringerten zunehmend die Zahl von Auszubildenden und erhöhten die Zahl der Akademiker*innen, diese aber vor allem in den nicht-technischen Berufen. Denn die Aussagen der Wirtschaft aus den 1990er-Jahren, dass die deutsche Industrie keine Ingenieurinnen und Ingenieure mehr benötige, hatten hier zu einem Einbruch bei den MINT-Berufen geführt.

Ab 2007 entstanden als Kooperationsprojekt des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu „Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen (QuBe)“ unter Mitwirkung des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Informationstechnik (FIT) und der Gesellschaft für Wirt-

⁸ Es ist interessant, dass dies die gleiche Diskussion ist, die auch heute rund um die Digitalisierung geführt wird. Heute wie damals kam die Forschung zu dem Schluss, dass es weniger Jobkiller waren, sondern Beschleuniger des Strukturwandels.

schaftliche Strukturforschung mbH (GWS) (Helmrich/Zika 2010, Helmrich et al. 2012; Maier et al. 2014; Zika/Maier 2015; Maier et al. 2018, Maier et al. 2020) erstmals berufsbezogene Projektionen, die beide Arbeitsmarktseiten mit in die Betrachtung einbeziehen konnten. Diese unterschieden sich von allen bisherigen Projektionen vor allem hinsichtlich der zugrunde gelegten Annahmen der zukünftigen Entwicklungen sowie der Berücksichtigung der beruflichen Flexibilität der Erwerbstätigen und des Arbeitsvolumens.⁹ Damit waren Qualifikations- und Berufsprojektionen auf zunächst 52 Berufsfeldern, seit 2016 sogar 140 Berufsgruppen möglich.

Zugleich konnten auch berufliche Flexibilitäten zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf empirisch basiert mit in die Berechnungen einbezogen werden.¹⁰ Das Bild des drohenden Engpasses auf dem Arbeitsmarkt gerade bei Fachkräften mit einer beruflichen Qualifikation wurde dabei immer deutlicher. Es konkretisierte sich, bei einer zunehmend alternden Gesellschaft, in den Gesundheits- und Pflegeberufen (Helmrich et al. 2012). Es konnte durch die Zuwanderungen bestenfalls geringfügig verzögert werden, und auch höhere Erwerbsquoten führten nicht zu einem geringeren Engpass. Auch die entsprechenden Annahmen einer digitalisierten Arbeitswelt und die derzeitig berechenbaren Folgen der Covid-19 Pandemie zeigen keine langfristige Entspannung am Arbeitsmarkt. Es zeigt sich, dass die Krise zwar kurzfristig die Erwerbstätigkeit verringert, langfristig wird aber weiterhin die Demografie das Wachstum des Arbeitsmarktes beschränken. Rekrutierungsschwierigkeiten sind für Arbeitgeber vor allem in den „Gesundheitsberufen“ weiterhin zu erwarten.

Jedoch wurden und werden Aussagen, vor allem, wenn sie die Zukunft betrafen, stets kontrovers diskutiert, selten akzeptiert, geschweige denn aktiv umgesetzt.

Dies hat mehrere Gründe. So haben Prognosen und Projektionen in der Forschung mitunter einen schweren Stand. Sie werden nicht immer als Wissenschaft angesehen, da die Zahl der Annahmen doch erheblich ist. Noch weniger aber zeigt sich die Akzeptanz in der Politik und der öffentlichen Diskussion. Dagegen werden Horrorszenarien von namhaften Consultingunternehmen, wie die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die Digitalisierung sehr gerne und in allen Facetten zitiert. Aber Prognosen, die empirisch fundiert und differenziert die Entwicklung versuchen aufzuzeigen, werden eher mit Missachtung bestraft. Umso mehr, je weniger sie mit den jeweiligen Eigeninteressen kompatibel sind.

So wurde 2012 langfristig ein drohender Überhang an Lehrpersonal prognostiziert. Dies traf bei Lehrerverbänden auf massiven Widerstand. Der Überhang ergibt sich einerseits durch rückläufige Schülerzahlen und die hohe berufliche Flexibilität von Personen, die einen anderen Berufsabschluss haben und vor allem in die Erwachsenenbildung quer einsteigen. Andererseits sind Lehrende eher unflexibel – einmal Lehrer*in, immer Lehrer*in.

9 Daneben gibt es auch die fortgeschriebenen Projektionen der Prognos AG (PROGNOS 2008, PROGNOS 2012), die überwiegend auf der Grundlage der sog. Deutschlandreports ergänzt mit Experteneinschätzungen die technologische Entwicklung abschätzen, die europäisch vergleichenden Projektionen von CEDEFOP 2009, CEDEFOP 2012 sowie das Projektionsmodell von Economix im Auftrag des BMAS (Vogler-Ludwig u. a. 2016).

10 Seit 2016 sind auch regionale Vergleiche möglich, seit 2018 werden auch Einkommenselastizitäten und unterschiedliche Erwerbs- und Bildungsverhalten von Inländern und Zugewanderten berücksichtigt.

Initiativen zur Steigerung der MINT-Abschlüsse fokussierten sich vor allem auf akademische Abschlüsse und konnten sich lange nicht mit dem Ergebnis anfreunden, dass gerade hier ein Überhang herrschte, während Techniker*innen und technische Berufe mit einem Berufsabschluss oder Fortbildungsabschluss fehlen würden. Wenn aber Ingenieurinnen bzw. Ingenieure und Naturwissenschaftler*innen nur zu 52 Prozent in ihrem erlernten Beruf bleiben und zu 48 Prozent in fachfremde Berufe (Consulting, Verwaltungsberufe) abwandern, dann liegt das Problem des Mangels weniger im Fachkräfteangebot, sondern vielmehr in der Attraktivität der entsprechenden angebotenen Jobs auf dem Arbeitsmarkt für Ingenieurinnen bzw. Ingenieure und Naturwissenschaftler*innen (Projektbefristungen, Einkommensunterschiede gegenüber z. B. Consulting-Unternehmen, Vereinbarkeit Familie und Beruf).

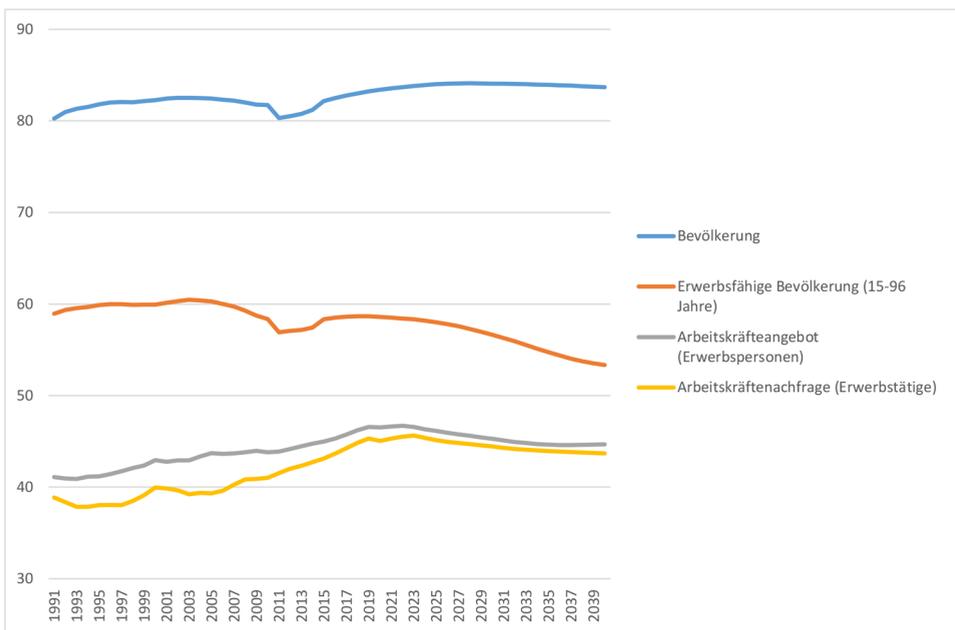


Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarktbilanz 2005 bis 2040 (Quelle: BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsprojektionen, QuBe-Projekt, 6. Welle, 2020, eigene Darstellung)

Diese Zurückhaltung und häufig sogar Ablehnung von Projektionsergebnissen ist typisch und zugleich ein Paradox. Denn sie sind ja keine schicksalhafte Entwicklung, sondern nur eine von vielen denkbaren Entwicklungen, die eintreten würde, wenn einfach alles so weiterginge. Aber tatsächlich wird dies nicht passieren, denn jede Diskussion darüber beeinflusst das Verhalten der Akteure und verändert die Entwicklung.

Projektionsszenarien, die die Zuwanderung der letzten Jahre, und solche, die die Digitalisierung (siehe Abbildung 2, Maier et al. 2020) berücksichtigen, zeigen einen Arbeitsmarkt, der mehr von einem Strukturwandel und Vollbeschäftigung denn von

Massenentlassungen gekennzeichnet ist. Die nur noch leicht steigende, langfristig, aber sinkende Bevölkerungszahl, das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung und die sich erhöhende Erwerbsbeteiligung infolge der steigenden durchschnittlichen Qualifikationsniveaus erhöhen den Engpass auf dem Arbeitsmarkt. Durch eine verstärkte Digitalisierung entspannt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur marginal und sektoral sehr unterschiedlich. Diese Engpassentwicklungen zeigen sich auch, wenn man den Antrieb von Pkw ändert oder neue Mobilitätskonzepte mit einkalkuliert (Mönnig et al., 2018, Bach et al. 2020). Damit sind mögliche Reaktionen vorprogrammiert: Qualifizierung, Weiterbildung, Zuwanderung.

Die Energiewende wird keine Arbeitsplätze vernichten. Im Gegenteil: Der Energiebedarf wird langfristig steigen und steigender Bedarf benötigt auch Arbeitskraft, um diese zu gewinnen, zu warten, abzurechnen usw. Die Beschäftigung wird eher zunehmen, aber anders als in der Vergangenheit, da die Tätigkeiten räumlich flexibler, anspruchsvoller und abwechslungsreicher werden, bei gleichbleibenden Qualifikationsanforderungen.

Nur ist damit aber noch nicht gesagt, dass diese Beschäftigung dann auch immer „gute Arbeit“ ist, dass sie planbar und auskömmlich entlohnt wird.

Fazit: Und mühsam nährt sich das Eichhörnchen

Der Wunsch der Politik sind evidenzbasierte Entscheidungsgrundlagen. Diese Forderung gilt auch für die Berufsbildungsforschung. Jedoch ist dies sowohl eine Alibi- als auch eine Sisyphos-Aufgabe. Die empirisch untermauerten Analysen sollen evidenzbasierte Grundlagen für belastbare und nachvollziehbare politische Entscheidungen bilden. Das heißt, sie sollen sowohl den wissenschaftlichen Ansprüchen vollends genügen und sich an diesen auch messen lassen, zugleich aber tagesaktuell, anwendungsbezogen und in ihren Darstellungen allgemeinverständlich sein.

Selten werden Entscheidungen aber danach ausgerichtet, vielmehr werden die Ergebnisse infrage gestellt, da sie vermeintlich nicht genügend belastbar, veraltet oder selektiv, schwer nachvollziehbar oder nicht hinreichend differenziert sind oder auch Aushandlungsprozessen unterliegen oder gegen Interessen(gruppen) argumentieren. Empirische Daten haben für die Politikberatung eine extrem kurze Halbwertszeit. Sie sind aber auch nicht per Knopfdruck zu gewinnen, und wenn doch, dann sind sie wenig solide und belastbar. Wirklich belastbare Erhebungen haben hingegen einen zeitlichen Vorlauf und erscheinen dann schon als veraltet. Sind die Erhebungen zwei oder drei Jahre alt, werden sie häufig nicht mehr für die politischen Beratungen akzeptiert – zu viel hat sich aus Sicht der politischen Akteure verändert.

Die geforderte Aktualität und Seriosität können aber nicht zusammenkommen, es sei denn, die Daten werden kontinuierlich, vielleicht sogar prozessproduziert erhoben und verknüpft und sie stehen der Forschung unmittelbar und ohne Beschränkungen zur Verfügung. Aber dies verhindern häufig sowohl der zwingend notwendige Datenschutz als auch die Struktur der Forschungslandschaft. Prozessproduzierte Da-

ten werden nicht für die Forschung erhoben. Sie zu nutzen, bedeutet eine Nutzungsänderung, die selten vom Gesetzgeber vorab legitimiert wurde. Und die Zergliederung der Forschungslandschaft tut ihr Übriges, den Austausch und eine schnelle Nutzbarkeit von Umfragedaten zu erschweren.

Und obendrein wird die anwendungsbezogene Berufsbildungsforschung auch noch in ihren Arbeiten und Ergebnissen mit der eher universitären Grundlagenforschung verglichen. Nur wenn sie den hohen Ansprüchen der universitären Forschung entspricht, sich deren Verfahrensstrukturen anpasst, wird sie als gut und fundiert angesehen und letztlich damit erst als belastbar anerkannt. Schafft sie aber nicht den Spagat zwischen einerseits Publikation in gerankten Journals, idealerweise in internationalen Journals, für die das deutsche Berufsbildungssystem ein Exot ist, und andererseits politiknaher anwendungsbezogener Darstellung der Ergebnisse, so fällt sie hintenüber und wird entweder als nicht hinreichend qualifiziert (aus wissenschaftlicher Sicht) oder als nicht hinreichend glaubwürdig (aus politischer Sicht) abgestraft.

Wie können diese Spannungsverhältnisse gelöst werden? Zum einen zwischen einer fundierten empirischen Forschung, die allen Ansprüchen der Wissenschaft entspricht und der geforderten Aktualität von Themen und Daten und zum anderen zwischen hoher wissenschaftlicher Qualität, die eine Basis für politische Entscheidungen bietet und der geforderten Anwendungsbezogenheit der Studien. Seit 50 Jahren versucht dies die Berufsbildungsforschung und hat es in Teilen immer wieder geschafft. Sie hat das Spannungsverhältnis ertragen und wird dies auch in Zukunft tun. Gerade der Anwendungsbezug macht diese Forschung nutzbar – umso mehr in Krisenzeiten, wo schnelles, aber zugleich fundiertes Handeln wichtig, wenn nicht sogar überlebenswichtig ist.

Literatur

- Bach, Nicole von dem/Hummel, Markus/Mönnig, Anke/Schneemann, Christian/Steeg, Stefanie/Wolter, Marc Ingo/Zika, Gerd (2020). "MOVEON" II - Grundlagen eines Szenarios zum künftigen Mobilitätsverhalten. (IAB-Forschungsbericht, 10/2020), Nürnberg.
- Bellmann, Lutz/Büchter, Karin/Frank, Irmgard/Krekel, Elisabeth M./Walden, Günter (Hg.) (2021). Schlüsselthemen der beruflichen Bildung in Deutschland. Ein historischer Überblick zu wichtigen Debatten und zentralen Forschungsfeldern. Bonn.
- Berufsbildungsgesetz (BBiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Mai 2020.
- BLK, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2002). Zukunft von Bildung und Arbeit. Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2015. Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Heft 104, Bonn.

- Bonin, Holger/Schneider, Marc/Quinke, Hermann/Arens, Tobias (2007). Zukunft von Bildung und Arbeit: Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2020, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Bonn 2007, IZA Research Report No. 9.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) (2020 sowie 2011) (Hg.). Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2020 (sowie 2011). Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2010). Berufsbildungsbericht 2010. Bonn, Berlin.
- CEDEFOP (2009). Future skills and demand in Europe. Forecast 2012. Research Paper Nr. 26, Europäische Union, Luxemburg.
- CEDEFOP (2009). Skills supply and demand in Europe. Medium-term forecast up to 2020. European Union, Luxemburg.
- Dostal, Werner (2002). Die IAB-Prognos Tätigkeits- und Qualifikationsprojektionen. In: *Veränderte Arbeitswelt – veränderte Qualifikationen. Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarkt und Bildungsstrukturen*. Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn.
- Euler, Dieter/Walden, Günter/Weiß, Reinhold (2010). Zwischen wissenschaftlicher Exzellenz und Praxisgestaltung: Berufsbildungsforschung im BIBB. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.). *40 Jahre Bundesinstitut für Berufsbildung: 40 Jahre Forschen – Beraten – Zukunft gestalten*. Bonn.
- Granato, Mona/Ulrich, Joachim Gerd (2013). Die Reformierbarkeit des Zugangs in duale Berufsausbildung im Spannungsfeld institutioneller Widersprüche. In: *Schweizer Zeitschrift für Soziologie* 39(2), S. 315–339.
- Helmrich, Robert/Zika, Gerd (2010). Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Helmrich, Robert/Zika, Gerd/Wolter, Marc Ingo/Schandock, Manuel/Maier, Tobias/Kalinowski, Michael/Hummel, Markus/Hänisch, Carsten/Drosdowski, Thomas/Bremser, Felix/Bott, Peter (2012). Engpässe auf dem Arbeitsmarkt: Geändertes Bildungs- und Erwerbsverhalten mildert Fachkräftemangel. Bonn.
- Helmrich, Robert/Zika, Gerd (2019). Prognosen, Projektionen und Szenarien. In: Baur, N., Blasius, J. (Hg.). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21308-4_15
- Kreibisch, Rolf (2006). *Zukunftsforschung*. Berlin: Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT), Arbeitsbericht Nr. 23/2006.
- Maier, Tobias/ Zika, Gerd/Wolter, Marc Ingo/Kalinowski, Michael/Helmrich, Robert (2014). Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung. Aktuelle Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung von Lohnentwicklungen und beruflicher Flexibilität. In: *BIBB-Report* 23/14, S. 1–16.

- Maier, Tobias/Zika, Gerd/Kalinowski, Michael/Mönnig, Anke/Wolter, Marc Ingo/Schneemann, Christian (2018). Bevölkerungswachstum bei geringer Erwerbslosigkeit. Ergebnisse der fünften Welle der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsprojektionen bis zum Jahr 2035. In: BIBB Report 7/18.
- Maier, Tobias/Zika, Gerd/Kalinowski, Michael/Steeg, Stefanie/Mönnig, Anke/Wolter, Marc Ingo/Hummel, Markus/Schneemann, Christian (2020). COVID-19-Krise: Die Arbeit geht weiter, der Wohlstand macht Pause. Ergebnisse der sechsten Welle der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsprojektionen bis zum Jahr 2040. In: BIBB Report 4/20.
- Meyer, Bernd/Ewerhart, Georg (1997). Lohnsatz, Produktivität und Beschäftigung: Ergebnisse einer Simulationsstudie mit dem disaggregierten ökonomischen Modell INFORGE. In: Schnabl, H. (Hg.): Innovation und Arbeit, Fakten – Analysen – Perspektiven, Tübingen, S. 253.
- Mönnig, Anke/Schneemann, Christian/Weber, Enzo/Zika, Gerd/Helmrich, Robert (2018). Elektromobilität 2035 * Effekte auf Wirtschaft und Erwerbstätigkeit durch die Elektrifizierung des Antriebsstrangs von Personenkraftwagen. (IAB-Forschungsbericht, 08/2018), Nürnberg.
- Oeynhausens, Stephanie/Milde, Bettina/Ulrich, Joachim Gerd/Flemming, Simone/Granath, Ralf-Olaf. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes 2020 (Fassung vom 15.12.2020), Ausbildungsmarktanalyse 2020 (bibb.de)
- Prognos (2008). Arbeitslandschaft 2030. Steuert Deutschland auf einen generellen Personalmangel zu? Prognos AG, Basel.
- Prognos (2012). Arbeitslandschaft 2035. Prognos AG, Basel.
- Schmidt, Hermann (1992). Unerwünschter Rat? Politikberatung durch Berufsbildungsforschung. In: Daheim, Hansjürgen; Heid, Helmut; Krahn, Karl (Hg.). Soziale Chancen: Forschung zum Wandel der Arbeitsgesellschaft, S. 216–223.
- Vogler-Ludwig, Kurt/Düll, Nicola/Kriechel, Ben (2016). Arbeitsmarkt 2030. Wirtschaft und Arbeitsmarkt im digitalen Zeitalter, Prognose 2016, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld.
- Zika, Gerd/Maier, Tobias (Hg.) (2015). Qualifikation und Beruf in Deutschlands Regionen bis 2030. Konzepte, Methoden und Ergebnisse der BIBB-IAB-Projektionen. (IAB-Bibliothek, 353), Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag, 206.
- Zika, Gerd/Helmrich, Robert/Kalinowski, Michael/Wolter, Marc Ingo/Hummel, Markus/Maier, Tobias/Hänisch, Carsten/Drosdowski, Thomas (2012). In der Arbeitszeit steckt noch eine Menge Potenzial. Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis 2030. IAB-Kurzbericht 18/2012.

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1** Ausbildungsmarktentwicklung in Deutschland (1978–1991 nur Westdeutschland, ab 1992 Gesamtdeutschland) 47
- Abb. 2** Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarktbilanz 2005 bis 2040 51

